

Baselbieter Gemeinden reichen Uni-Finanzierungs-Initiative ein

Elf Baselbieter Gemeinden haben am Mittwoch in Liestal die Uni-Finanzierungs-Initiative eingereicht. Sie verlangt, dass der Kanton Baselland den Vertrag zur gemeinsamen Trägerschaft der Universität Basel mit dem Kanton Basel-Stadt auf Ende 2027 kündigt.

Publiziert: 20.08.2025 um 14:56 Uhr

[Kommentieren](#)



In Liestal haben am Mittwoch elf Baselbieter Gemeinden eine Initiative eingereicht, die einen neuen Vertrag zur Finanzierung der Universität Basel fordert.

Foto: Kanton Baselland

Keystone-SDA
KEYSTONE
SDA
ATS Die Schweizer Nachrichtenagentur

Stattdessen soll bis 2030 ein neuer interkantonaler Vertrag abgeschlossen werden, der bei der Finanzierung alle Kantone mit Studierenden an der Uni miteinbezieht. Damit sollen die Kosten breiter verteilt und im Baselland Einsparungen ermöglicht werden.

Die «anderen Kantone», also nicht Baselland oder Basel-Stadt, würden weder die Vollkosten für ihre Studierenden tragen, noch sich am Restdefizit der Universität beteiligen, wie den Initiativunterlagen zu entnehmen ist. Im Jahr 2023 hätte das Baselbiet so knapp 60 Millionen Franken weniger für die Uni zahlen müssen.

Hinter der Initiative stehen die elf Baselbieter Gemeinden Bennwil, Diegten, Diepflingen, Eptingen, Hersberg, Lampenberg, Oltingen, Rümlingen, Rünenberg, Wenslingen und Zunzgen. Für eine Gemeindeinitiative müssen sich mindestens fünf beteiligen.

Der Verband Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG) lehnt die Initiative ab. In einem offenen Brief an die Baselbieter Einwohnergemeinden und zur Kenntnisnahme an die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) zeigte er sich gegenüber dem Begehrn skeptisch. Man verlange vom Kanton Gemeindeautonomie, wolle gleichzeitig aber die Kantonsautonomie nicht tangieren.